

2025-2029

Internetpolitische Agenda

Zehn Forderungen der
Internetwirtschaft für ein
digitales Deutschland 2030



Inhalt

Seite	
03	Einleitung
04	Zentrale Koordinierung und wirkungsvolle strategische Ansätze sind Voraussetzung für erfolgreiche Digitalpolitik
05	Klare Verantwortlichkeiten für Cybersicherheit
06	Die Bundesregierung muss den KI-Standort Deutschland durch eine Regulierung mit Augenmaß und Schaffung starker digitaler Infrastrukturen unterstützen
07	Eine vorausschauende Energie- und Klimapolitik setzt Lösungspotenziale digitaler Technologien und Dienste frei
08	Die Bundesregierung muss die Entwicklung eines leistungsfähigen Ökosystems digitaler Infrastrukturen fördern, als Fundament für einen wettbewerbsfähigen Digitalstandort Deutschland
09	Die Förderung digitaler Bildung und Kompetenzen ist eine bundespolitische Aufgabe
10	Die Bundesregierung muss wirkungsvolle Strategien und Maßnahmen entwickeln, um KMU bei der digitalen Transformation zu unterstützen
11	Die Bundesregierung muss das Vertrauen der Bürger:innen ins Netz stärken
12	Die Bundesregierung muss Beschwerdestellen als funktionierende Selbstregulierungsmaßnahme in der Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz weiter stärken
13	Netzpolitik, Digitale Technologien und Märkte müssen immer auch europäisch und international gedacht werden

Einleitung

Internationale Krisen, Energiewende, Strukturwandel, Konjunktur- und Rezessionssorgen, demographischer Wandel und die Sicherung des Wohlstandes sind die großen Herausforderungen vor denen Deutschland aktuell steht und die es zu meistern gilt.

Damit diese Herausforderungen bewältigt werden, muss Deutschland digitalpolitische Prioritäten setzen, Verantwortung bündeln, seine Verwaltung modernisieren und digitalisieren. Die neue Regierung muss die richtigen Rahmenbedingungen für Innovationen in der Wirtschaft setzen, Investitionen in das Ökosystem digitaler Infrastrukturen stärken, sowie IT-Sicherheit und Resilienz am Standort Deutschland stärken.

Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muss ein Schwerpunkt in der kommenden Legislaturperiode werden. Hierzu ist ein starker, souveräner europäischer Binnenmarkt unverzichtbar. Dieser Fokus muss sich auch in der Digitalpolitik widerspiegeln. Es gilt den Rückstand bei der Digitalisierung abzubauen und die Modernisierung Deutschlands voranzutreiben.

Um die digitale Transformation in Deutschland voranzutreiben, sind leistungsstarke, sichere und resiliente Telekommunikationsnetze und digitale Infrastrukturen unabdingbar. Die digitalen Infrastrukturen müssen massiv ausgebaut und den Anforderungen von Wirtschaft, Staat und Verwaltung sowie der Bürger:innen entsprechen.

Die öffentliche Verwaltung und Verwaltungsdienstleistungen müssen den Anforderungen und Bedürfnissen einer digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft angepasst und das Vertrauen in die Sicherheit digitaler Technologien und Anwendungen gestärkt werden. Eine beschleunigte Prozessdigitalisierung durch wirksames Management, Entbürokratisierung und vereinfachte Abläufe ist nötig. Die deutschlandweite Einführung von Cloud Computing im öffentlichen Sektor ist unverzichtbar für die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und die Bereitstellung von Bürgerdiensten.

Um Innovationskraft aufrechtzuerhalten, bedarf es konsequenter Unterstützung im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung, zudem weiterhin gezielter Förderung, insbesondere von KMU, bei der digitalen Transformation und der Generierung neuer digitalgetriebener Wertschöpfungsketten.

Die Wirtschaft in Deutschland muss vor allem entlastet und nicht weiter belastet werden. Daher muss die neue Bundesregierung die Bürokratiekosten für die Wirtschaft in Deutschland deutlich reduzieren, neue bürokratische Mehraufwände vermeiden, sowie umfangreiche Dokumentationspflichten wieder abschaffen.

Notwendig ist ein Dreiklang aus Entbürokratisierung, einer forcierten Digitalisierung und einer generellen Entlastung der Unternehmen. Dabei müssen auch im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen Steuern und Abgaben reduziert werden.

Um den digitalen Wandel in allen Wirtschafts- und Verwaltungsbereichen zu unterstützen, muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung schaffen.

Im Folgenden möchte eco konkrete Aktions- und Handlungsfelder sowie Kernforderungen für die kommende Legislaturperiode aufzeigen.





01. Zentrale Koordinierung und wirkungsvolle strategische Ansätze sind Voraussetzung für erfolgreiche Digitalpolitik

Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung ist ein wichtiger Beitrag für den Strukturwandel. Denn oft ermöglicht diese erst die Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft. Der Staat und die öffentliche Verwaltung müssen daher eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung übernehmen.

Um den Prozess voranzutreiben und eine kohärente, wirkungsvolle Digitalpolitik zu gewährleisten, ist die Etablierung eines Digitalministeriums in Deutschland erforderlich, das die Kompetenzen zur Steuerung von Netzen, Diensten und Projekten bündelt.

Dieses Digitalministerium bedarf eines entsprechenden Budgets, um Projekte mit Hebelwirkung für die Digitalisierung Deutschlands vorzubringen.

Um dieses Digitalministerium erfolgreich und ergebnisorientiert arbeitsfähig zu gestalten, bedarf es eines Zielbilds „Digitales Deutschland 2030“ auf Grundlage des kommenden Koalitionsvertrags und durch den Dialog mit Gesellschaft und Wirtschaft validiert. Dieses Zielbild schreibt wichtige inhaltliche Schwerpunkte in verschiedenen digitalpolitischen Aspekten für Politik und Verwaltung zentral fest.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss als ein wichtiges Hebelprojekt prioritär vorwärtsgetrieben werden. Für die Registermodernisierung als Grundlage einer Ende-zu-Ende digitalisierten Verwaltung, müssen daher die nötigen

finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Das novellierte Online-Zugangs-Gesetz (OZG) sollte zudem um verbindliche Ziele ergänzt werden. Weiterhin sollte sich die Bundesregierung für den stärkeren Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung einsetzen.

Digitale Identitäten bilden bei all diesen Vorhaben die Grundlage für die digitale Verwaltung. Hier kommt der nationalen Umsetzung der novellierten eIDAS-Verordnung besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung sollte bei der Ausgestaltung des Ökosystems für digitale Identitäten im Sinne der Nutzerfreundlichkeit auf wettbewerbliche Lösungen setzen. Das schließt private Anbieter etwa von ID-Wallets ein. Neben digitalen Identitäten für die Bürger:innen müssen digitale Identitäten für juristische Personen verstärkt in den Fokus genommen werden.

Eine digitale Verwaltung ist gleichermaßen ein Beitrag zum Abbau von Bürokratie für Bürger:innen und Unternehmen und trägt zu effizienteren Prozessen und schnelleren Entscheidungen bei. Dafür sind weitere Investitionen in die Digitalisierung und Nutzung der vorhandenen Datenbestände nötig. Die auf Bundesebene bereits erprobten Datenlabore müssen daher ausfinanziert weitergeführt werden und als Vorbild für Behörden der Länder und Kommunen dienen. Die Datenlabore sollten auch die Integration von KI-Anwendungen in der Verwaltung vorantreiben, um Prozesse zusätzlich zu optimieren.



02. Klare Verantwortlichkeiten für Cybersicherheit

Die Sicherheit und Verfügbarkeit digitaler Dienste und Infrastrukturen gewinnt mit der fortschreitenden Digitalisierung an Bedeutung. Software und Netze sowie die zugehörigen Rechenzentren müssen daher für eine wachsende Zahl an Angriffsvektoren und verstärkte Angriffe – auch von staatlichen Akteuren – vorbereitet sein. Die Anforderungen an Cybersicherheit müssen daher nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch verstärkt in öffentlichen Einrichtungen gesteigert werden und alle Akteure im Rahmen ihrer Zuständigkeiten verantwortungsvoll handeln. In den vergangenen Jahren sind sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zahlreiche neue Regelungen und Gesetze verabschiedet worden, um insbesondere Unternehmen zu stärkeren Bemühungen im Bereich der Cybersicherheit und Resilienz zu bringen. Sicherheit wird nicht nur von Unternehmen selbst, sondern auch stärker in Lieferketten und bei Zulieferern eingefordert. Es wird nun in der kommenden Legislaturperiode zentrale Herausforderung sein, diese neuen Gesetze und Regeln anzuwenden und ihre Wirkung zu evaluieren.

Eine substantielle Verbesserung der Cybersicherheit sollte in einem sinnvollen Regulierungsgefüge mit klarer Verantwortungszuweisung für Betreiber und Entwickler, Behörden und Anwender:innen den jeweiligen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend geschaffen werden.

Dies gilt umso mehr in der Debatte um die Integrität von Netzen und Netzinfrastrukturen. Aus Sicht der Internetwirtschaft bedarf es klarer, nachvollziehbarer Gesetze, Verordnungen und Richtlinien, die unabhängig von politischer Einflussnahme sind und durch neutrale Aufsichtsbehörden wie ein unabhängiges Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) durchgesetzt werden. Weiterhin ist eine Harmonisierung der Gesetzgebung wichtig, um unklare Strukturen z.B. bei Meldebehörden und -fristen und mehr Bürokratie zu vermeiden.



03. Die Bundesregierung muss den KI-Standort Deutschland durch eine Regulierung mit Augenmaß und Schaffung starker digitaler Infrastrukturen unterstützen

Künstliche Intelligenz und datengetriebene Geschäftsmodelle sind nur zwei der zentralen Innovationen in der Digitalisierung, die sich grundlegend auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Digitale Plattformen können beispielsweise im Mobilitätsbereich durch effizientere Nutzung der Verkehrsträger helfen, Schadstoffausstöße zu reduzieren. Hierbei ist entscheidend, dass nicht mehr zeitgemäße Regelungen und unnötige bürokratische Auflagen abgeschafft werden und ein geeigneter Regulierungsrahmen besteht.

Mit der europäischen KI-Verordnung wurde ein umfassendes Regelwerk für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz geschaffen. Damit Deutschland sich zu einem führenden Standort für Künstliche Intelligenz entwickelt, gilt es nun diese Verordnung innovationsfreundlich, unbürokratisch und in enger Abstimmung mit den anderen Mitgliedsstaaten in deutsches Recht umzusetzen.

Die Umsetzung sollte so schnell wie möglich und in enger Abstimmung mit den Akteuren erfolgen, um die nötige Rechtssicherheit für Unternehmen in Deutschland zu etablieren und die von der EU vorgegebenen Fristen einzuhalten. Dabei sollte das Umsetzungsgesetz Bundeskompetenzen und gegebenenfalls sektorspezifische Landeskompetenzen regeln. So können Doppelstrukturen vermieden werden.

Zudem sollte sich die nächste Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Anbieter und Nutzer von KI nicht durch weitere regulatorische Auflagen zusätzlich belastet werden. Auch müssen insbesondere für KMU die nötigen Rechenkapazitäten verfügbar und Reallabore geschaffen werden, damit diese ihre KI-Systeme testen können.

Künstliche Intelligenz ist auch den Regelungen zum Datenschutz, sowie ggf. bereichsspezifischer Regulierung, unterworfen. Damit Innovationen wie

Künstliche Intelligenz und moderne, datengetriebene Geschäftsmodelle in Deutschland erfolgreich sein können, bedarf es eines angemessenen Regulierungsumfelds. Dieses sollte auf schlanken, klaren und verhältnismäßigen ex-Ante Regelungen basieren und berücksichtigen, dass deutsche Unternehmen bei der Anwendung von Künstlicher Intelligenz im direkten Wettbewerb zu Unternehmen auf der ganzen Welt stehen. Zielführend ist zudem die Stärkung supranationaler Organisationen wie der OECD für eine strukturierte internationale Koordinierung der Digitalpolitik. Damit moderne Technologien und datengetriebene Geschäftsmodelle erfolgreich etabliert werden können, benötigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen Zugang zu hochwertigen Daten. Der Datenaustausch innerhalb der EU sowie mit Drittstaaten sollte durch die Bundesregierung daher fortgesetzt und weiter vorangetrieben werden. In diesem Kontext sollte auch bei der Umsetzung europäischer Verordnungen wie etwa dem Data Act auf eine kohärente Umsetzung geachtet werden, um den angestrebten Binnenmarkt für Daten nicht zu untergraben. Zudem muss die Verfügbarkeit von öffentlichen Daten weiter verbessert und ein Rechtsanspruch auf Open Data auf Bundesebene verankert werden. Zuletzt bedarf es auch entsprechender Rechenkapazitäten für neue disruptive Technologien und Möglichkeiten. Die kommende Bundesregierung sollte die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass deutsche Unternehmen diese Technologien führend am Markt entwickeln und einführen können. Quantentechnologien werden zunehmend essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, und haben Einfluss auf digitale Souveränität und Cybersicherheit. Quanten-Ökosysteme müssen durch Wirtschaftsförderungsprogramme weiterentwickelt werden, um den Investitionsstandort Deutschland zu stärken. Dementsprechend müssen diese Technologien auch zu einem integralen Bestandteil eines Zielbilds „Digitales Deutschland 2030“ werden.



04. Eine vorausschauende Energie- und Klimapolitik setzt Lösungspotenziale digitaler Technologien und Dienste frei

Der globale Klimawandel stellt für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine zentrale Herausforderung dar. Die Digitalisierung ist neben dem Ausbau erneuerbarer Energien einer der entscheidenden Hebel, um diese Herausforderung zu meistern. Denn innovative digitale Ansätze treiben Energieeffizienz und Klimaschutz entscheidend vorwärts und tragen dazu bei, Emissionen in Sektoren wie Energie, Transport und Industrie gezielt zu senken. Durch die flexible Steuerung des Stromnetzes, die Optimierung von Verkehrsflüssen durch die Nutzung von Mobilitätsdaten sowie die Vermeidung von Abfall durch KI-gestützte Prozessverbesserungen in Fertigung und Produktion kann die Effizienz gesteigert und Energie eingespart werden. Leistungsfähige digitale Infrastrukturen wie Rechenzentren und gigabitfähige Telekommunikationsnetze sind eine Voraussetzung für die nachhaltige Transformation der deutschen Wirtschaft, da sie das Fundament für Effizienzsteigerung durch Digitalisierung bilden.

Mit der zunehmenden Digitalisierung steigt der Bedarf an digitalen Infrastrukturen. Damit geht ein in Summe steigender Energieverbrauch beim Betrieb dieser Infrastrukturen einher. Da der Strompreis der wichtigste Kostenfaktor für den Betrieb digitaler Infrastrukturen ist, liegt es im Interesse der Betreiber, die Optimierung der Energieeffizienz aktiv voranzutreiben. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter des Ökosystems digitaler Infrastrukturen langfristig abzusichern, muss eine ständige, grundlastfähige und dabei auch

finanzierbare Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen gewährleistet sein. Der Ausbau dezentraler erneuerbarer Energieerzeugung bedingt zudem einen erhöhten Ausbaubedarf der Stromnetze. Somit werden sich kurz- bis mittelfristig Netzentgelte zum kostentreibenden Faktor in der Energieversorgung für Rechenzentren entwickeln. Für die Internetwirtschaft ist der Zugang zu kostengünstigem, erneuerbar erzeugtem, grundlastfähigem Strom unerlässlich.

Auch wird die Verfügbarkeit von Strom- und Wärmenetzen immer mehr zum entscheidenden Faktor bei der Standortwahl für Rechenzentren. Mit dem wachsenden Bedarf an Datenverarbeitungskapazität und dem damit verbundenen Branchenwachstum steigt auch die Konkurrenz um leistungsstarke Stromanschlüsse. Außerdem erfordert das Themenfeld der Energiespeicher eine besondere und pragmatisch umsetzbare Förderung, da es in den kommenden Jahren für Anbieter des Ökosystems digitaler Infrastrukturen zunehmend an Bedeutung gewinnen wird.

Die in der letzten Legislaturperiode neu eingeführten Verpflichtungen für Rechenzentren, ihre Abwärme in Wärmenetze einzuspeisen, muss dringend in seiner Konsequenz für den Rechenzentrumsstandort Deutschland ergebnisoffen evaluiert werden, da die Anforderungen an die Kapazität und Verfügbarkeit der Wärmenetze nicht in dem Einflussbereich der Betreiber von Rechenzentren stehen.



05. Die Bundesregierung muss die Entwicklung eines leistungsfähigen Ökosystems digitaler Infrastrukturen fördern, als Fundament für einen wettbewerbsfähigen Digitalstandort Deutschland

Die offene, interoperable und dezentrale Struktur des Internets muss erhalten bleiben. Netzneutralität muss in Deutschland und der EU gewährleistet bleiben, während Rechtsklarheit für alle Akteure der Internetwirtschaft bestehen muss.

Für die sektorübergreifende Digitalisierung und die Wettbewerbsfähigkeit ist die Verfügbarkeit hochleistungsfähiger Glasfasernetze, gigabitfähiger Anschlüsse sowie Mobilfunknetze der neuesten Generation unverzichtbar. Daher gilt es, den beschleunigten eigenwirtschaftlichen Netzbau zu fördern und den Netzausbau sowie die Infrastruktur-Migration wettbewerbs- und innovationsfreundlich zu gestalten.

Zu einem funktionierenden Ökosystem digitaler Infrastrukturen gehören Rechenzentren, Co-Location-Anbieter und Cloudinfrastrukturen sowie zuverlässige und performante Internet-Austauschpunkte. Diese bilden das Rückgrat der Digitalisierung. Künstliche Intelligenz und Cloud sind als Hebel und Treiber einer sektorübergreifenden Digitalisierung unverzichtbar. In Deutschland besteht bei KI-Modellen und LLM-Anwendungen Nachholbedarf bei der

Verfügbarkeit von ausreichenden Rechenkapazitäten und freien Rechenmodellen. Quantencomputing und verwandte Technologien wie Quantenverschlüsselung, sind nicht nur für die gesamte Wirtschaft von Bedeutung sondern auch Bestandteil der digitalen Infrastruktur der Zukunft.

In den Bereichen der sicheren Energieversorgung, Verkehrsplanung und den Naturwissenschaften sind signifikante Fortschritte durch Quantentechnologien zu erwarten. Sie besitzen das Potenzial, erheblich zur Lösung gesellschaftlicher und technologischer Herausforderungen beizutragen. Deshalb ist es für den Wirtschaftsstandort Deutschland zentral, die Forschung und Weiterentwicklung von Quantentechnologien voranzubringen. Ein innovationsfreundlicher Ansatz durch öffentliche Förderungen sichert die Weiterentwicklung des Quanten-Ökosystems.

Um die Technologie weiter voranzutreiben und die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern ist es unabdingbar diesen Technologiebereich in Deutschland auszubauen und auf internationalem Niveau führend zu sein.



06. Die Förderung digitaler Bildung und Kompetenzen ist eine bundespolitische Aufgabe

Der flächendeckende Aufbau einer digitalen Lern- und Bildungslandschaft in Deutschland ist grundlegend, um die Innovationskraft der deutschen Volkswirtschaft und den Fachkräftebedarf langfristig zu sichern, sowie die Resilienz der Gesellschaft zu stärken. Dazu gehören neben der notwendigen technischen Ausstattung an Schulen auch digitale Lehr- und Lernmaterialien und die Befähigung der Lehrkräfte digitale Inhalte und Ansätze zu vermitteln.

Die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen muss Grundlagen der Informatik, genauso wie die Bedeutung und Funktion von Algorithmen sowie Daten- und Medienkompetenz beinhalten. Nur so bilden wir die Gestalter unserer digitalen Zukunft aus und sichern unsere Fachkräfte von morgen.

Einerseits muss die technische Ausstattung der Schulen flächendeckend verbessert werden und Lehrer:innen müssen dazu befähigt werden, digitale Kompetenzen an ihre Schüler:innen zu vermitteln. Hierzu müssen bereits im Lehramtsstudium digitale Kompetenzen in das Curriculum integriert werden als auch

regelmäßige Fortbildungen im Umgang mit digitalen Technologien und zur Konzeption didaktischer Konzepte digitaler Bildung angeboten werden.

Andererseits gilt es nicht nur flächendeckend IT-Kenntnisse und Grundlagen der Informatik zu vermitteln, sondern auch die Urteilsfähigkeit, Lösungskompetenz und einen verantwortungsbewussten Umgang mit KI und weiteren Zukunftstechnologien in den Fokus bildungspolitischer Bemühungen zu stellen und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

In der nächsten Legislaturperiode müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, die Bildung und Förderung von Medienkompetenz und digitalen Kompetenzen in Schulen voranzutreiben. Die Fortführung eines bundesweiten Finanzierungsrahmens wie dem Digitalpakt Schule ist hierfür ein wichtiges Instrument. Auch müssen budgetierte Gelder in den Ländern konsequent abgerufen werden, um Digitalisierungsmaßnahmen in den Schulen umzusetzen.



07. Die Bundesregierung muss wirkungsvolle Strategien und Maßnahmen entwickeln, um KMU bei der digitalen Transformation zu unterstützen

Der Digitalisierungsgrad der deutschen Wirtschaft ist trotz einiger Fortschritte nach wie vor ungenügend. Insbesondere bei KMU, welche für die deutsche Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen, besteht bei der Nutzung von Daten oder der Integration digitaler Prozesse in ihr Geschäftsmodell Nachholbedarf.

Um ihre Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit zu steigern, muss die deutsche Wirtschaft die Potenziale digitaler Technologien, etwa für KI-Anwendungen oder IoT-Produkte und Anwendungen besser nutzen. Die dafür notwendigen Investitionen, aber auch solche in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, sollten von der Bundesregierung in Form von Abschreibungsmöglichkeiten gefördert werden. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Daten und zentralen Querschnittstechnologien unbürokratisch gestaltet werden, um die Einstiegshürden für KMU zu senken. Aufsichtsbehörden sollten auch als Ansprechpartner für Unternehmen fungieren und Leitlinien und Best Practices für praktische Probleme bei der Nutzung von Daten oder

digitalen Technologien bereitstellen. Voraussetzung dafür ist auch eine sinnvolle Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen bei der Umsetzung der europäischen und nationalen Gesetzgebung im Bereich der Digitalpolitik bei den zuständigen Aufsichtsbehörden.

Die deutsche Wirtschaft ist stark international ausgerichtet, wobei der europäische Binnenmarkt für viele Unternehmen eine herausragende Rolle spielt. Damit KMU auch mit digitalen Geschäftsmodellen international agieren und skalieren können, ist eine einheitliche Umsetzung der EU-Gesetzgebung in Deutschland nötig, um Rechtssicherheit zu schaffen und Compliance-Kosten für Unternehmen zu senken. Dazu sollte die Entlastung von Bürokratie weiter vorangetrieben werden, beispielsweise durch die Anwendung des One-in-two-out-Prinzips bei neuer Gesetzgebung. Zudem sollten Berichtspflichten für Unternehmen, wo möglich, vereinfacht und auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft werden. Nur so können positive Effekte der Digitalisierung für die lokale Wirtschaft wirksam werden.



08. Die Bundesregierung muss das Vertrauen der Bürger:innen ins Netz stärken

Vertrauen ist ein zentrales Element für eine erfolgreiche Digitalisierung. Der Schutz der Bürgerrechte ist Grundlage für die vertrauenswürdige Nutzung digitaler Dienste und Netze.

Das bedeutet: Bürger:innen sollten bei der Nutzung digitaler Dienste nicht dem Risiko einer flächendeckenden und anlasslosen Überwachung durch Regierungen ausgesetzt sein. Grundrechtseinschränkungen sind verhältnismäßig und nachvollziehbar zu gestalten. Für Grundrechtseingriffe müssen konkrete Rechtsgrundlagen und genaue Eingriffsschwellen definiert werden. Ihr Einsatz sollte durch unabhängige Stellen kontrolliert werden können. Dafür sollte sich die Bundesregierung einsetzen.

Der Schutz personenbezogener Daten ist wichtig für Vertrauen und Akzeptanz von Diensten und Anwendungen. Die Prinzipien der EU-DSGVO haben sich bewährt. In Deutschland aber ist die Anwendung dieser Regeln durch föderale Strukturen gehemmt. Die Bundesregierung sollte sich dafür stark machen, dass die Datenschutzaufsicht vereinheitlicht

wird und bürokratische Auflagen in einem angemessenen Verhältnis zum Schutzgut stehen. Auch die Anforderungen an den Datenschutz müssen in diesem Zusammenhang auf den Prüfstand. Dabei ist auf verhältnismäßige Maßgaben für Unternehmen und Verwaltung einerseits zu achten, um andererseits Bürger:innen die digitale Teilhabe und dem selbstbestimmten, eigenverantwortlichen Umgang mit ihren Daten zu ermöglichen. Bei der Nutzung von Onlineplattformen, sozialen Medien sind Bürger:innen gefordert, sensibel mit ihren personenbezogenen Daten umzugehen und im Bereich Desinformation Quellen bewusst zu hinterfragen.

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen in verschiedenen Regionen der Welt und einem sich herauskristallisierenden Systemkonflikt zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten sollte darauf geachtet werden, dass Maßnahmen zum Schutz gegen Manipulation Bürgerrechte respektieren und in einem sinnvollen Verhältnis zu möglichen Maßnahmen gegen die Handlungen entsprechender Akteure Berücksichtigung finden.



09. Die Bundesregierung muss Beschwerdestellen als funktionierende Selbstregulierungsmaßnahme in der Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz weiter stärken

Die effektive Bekämpfung verbotener Internetinhalte ist ein Zusammenspiel von rechtlichen Vorgaben und Kooperationen im Rahmen von Selbstregulierung und Selbstkontrolle.

Die Anbieter digitaler Dienste stehen in der Verantwortung, gegen ihnen bekannte Rechtsverstöße vorzugehen. Anbieter von sehr großen Onlineplattformen haben zudem nach dem Digital Services Act zusätzliche Auflagen und Pflichten. Die Rolle und Fähigkeiten der unterschiedlichen Diensteanbieter sollten sowohl bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen als auch im Hinblick auf zukünftige Regulierungen berücksichtigt werden.

Eine große Aufgabe ist die praktische Umsetzung der Vorgaben des Digital Services Act (DSA), insbesondere auch im Hinblick auf das Zusammenspiel von etablierten Akteuren und neu nach DSA anerkannten Trusted Flaggern und außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen. Sowohl Trusted Flagger als auch außergerichtliche Streitschlichtungsstellen sind mit der Aufgabe betraut, gemeldete Inhalte rechtliche zu bewerten. Zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen bei der Rechtsanwendung ist essenziell, dass die entsprechend anerkannten Organisationen in einem regelmäßigen Austausch stehen und zusammenarbeiten – auch zu und mit anderen etablierten Akteuren wie den Beschwerdestellen (sofern sie nicht ihrerseits als Trusted Flagger anerkannt sind), den Landesmedienanstalten und der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz. Der regelmäßige Austausch, beziehungsweise die Kooperation der Akteure, ist zu stärken und zu unterstützen. Im Rahmen der Selbstkontrolle wurden zwischen Beschwerdestellen, Hosting- und Onlineplattform-Anbietern sowie Strafverfolgungsbehörden Kooperationen aufgebaut. Hierdurch sind

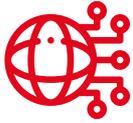
kurze Wege etabliert, um verlässliche und validierte Meldungen und Informationen zu verbotenen Internetinhalten weiterzugeben. Dies ermöglicht ein schnelles Entfernen (“löschen”) verbotener Inhalte, ohne Strafverfolgungsmaßnahmen zu gefährden.

Beschwerdestellen sind eine zentrale Anlaufstelle für Bürger:innen. Hier können sie potenziell verbotene Internetinhalte niedrigschwellig, anonym und ohne rechtliche (Vor-)Kenntnisse oder Wissen in Bezug auf die Anbieter von Hostingdiensten melden, und prüfen lassen.

Bei der Weiterentwicklung und Umsetzung von Rahmenbedingungen ist es essenziell, Synergien mit den etablierten Strukturen und Akteuren zu nutzen, auf effektive Prozesse aufzubauen und diese bei Bedarf punktuell weiterzuentwickeln.

Maßnahmen der Selbstregulierung und Selbstkontrolle ermöglichen über Landesgrenzen hinweg schnelle Anpassungen an technische Entwicklungen, praktikable Lösungsansätze sowie einheitliche Standards. Sie müssen ausreichend Raum behalten. Die wichtige Arbeit und Brückenfunktion der Beschwerdestellen sollten mit staatlichen Fördermitteln unterstützt werden.

Zunehmend wird in der politischen Debatte ein altersgerechter Zugang zu Internetinhalten und digitalen Diensten eingefordert. Insoweit sind endnutzerbasierte Lösungen unumgänglich. Die Rahmenbedingungen müssen technologieoffen und international anschlussfähig sein, eine anonyme Internetnutzung ermöglichen sowie Datenschutz und Privatsphäre der Nutzenden beachten.



10. Netzpolitik, Digitale Technologien und Märkte müssen immer auch europäisch und international gedacht werden

Auf europäischer und auf internationaler Ebene müssen kooperative Modelle zur Bewältigung globaler Herausforderungen gefunden werden. Diskussionen im Bereich der Internet-Governance und Internetpolitik haben einen globalen Bezug und müssen daher auch in entsprechenden Gremien und Foren debattiert werden. Das Prinzip des Multi-Stakeholderansatzes bei der Selbstverwaltung des Internets muss weiter gestärkt und unterstützt werden.

Die politischen Herausforderungen und Implikationen müssen die Bundesrepublik Deutschland, die europäische Gemeinschaft und die G7-Staaten gemeinsam angehen. Die Ansätze bei G7 und in der UN zeigen hier bereits in die richtige Richtung und müssen zukünftig gestärkt werden.

Die internationale Zusammenarbeit mit Partnern im Bereich der Internet-Governance und globalen digitalen Ordnung muss weiter ausgebaut und gestärkt werden. Das Internet kann nur funktionieren, wenn es gemeinschaftlich nach den Multi-Stakeholder-Prinzipien verwaltet und nicht von einzelnen Akteuren oder Regierungen dominiert wird.

Internationale Konnektivität, grenzüberschreitende Telekommunikations-Infrastrukturen, Datenverkehr und Datenübermittlung innerhalb und außerhalb der EU sind Grundlage der globalen Vernetzung von Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Die internationale Gemeinschaft muss sich dafür einsetzen, dass die freie, offene, technikneutrale

und dezentrale Struktur des Internets erhalten bleibt und weiter gefördert wird. Digitale Technologien sollten aufgrund dieser globalen Natur des Internets möglichst auch international reguliert werden. Neben den unabhängigen technischen Gremien zur Verwaltung des Netzes selbst spielt dabei der zu stärkende europäische digitale Binnenmarkt eine zentrale Rolle. Hier sollten gemeinsame Regeln mit internationalen Partnern festgelegt werden und ein angemessener wettbewerbsorientierter Rechtsrahmen für digitale Unternehmen und Geschäftsmodelle geschaffen werden.

Die weltweite Vernetzung und grenzüberschreitende Dimension des Internets bringt Herausforderungen mit sich, die nicht internetspezifisch sind. Desinformationskampagnen und Manipulationen im Internet können Staaten destabilisieren und gefährden den internationalen Frieden und das gesellschaftliche Zusammenleben. Der freie Zugang zum Internet und zu verlässlichen Informationen sowie freie und unabhängige Medien haben eine wichtige Funktion für resiliente demokratische Staaten. Freier Zugang zum Internet und Informationen sind elementar, gerade auch wenn repressive Regime Desinformation und Falschnachrichten verbreiten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen muss sowohl auf nationaler, europäischer und insbesondere auf internationaler Ebene über adäquate Maßnahmen zur Gewährleistung eines offenen und freien Zugangs zum Internet und zu unabhängigen Medien diskutiert werden.

